



Schwarz-grüne Bildung?

Ob Hamburg bald schwarz-grün regiert werden wird, steht beim Schreiben dieser Kolumne noch nicht fest, aber es sieht danach aus. Alle Kinder sollen dann bis zum Ende des sechsten Schuljahres zusammenbleiben. Ein Vorschuljahr, gewissermaßen eine Klasse Null, wird außerdem eingerichtet. Revolutionär für Deutschland wäre es, wenn, wie geplant, jede Schule für den Bildungsweg ihrer Schüler verantwortlich würde. Die Möglichkeit, schwierige Schüler durch »Querversetzen« loszuwerden, würde es nicht mehr geben. Die CDU hat schon beschlossen, dass die Hauptschulen auslaufen und das dreigliedrige Schulsystem in Hamburg in die beiden Säulen Gymnasium und »Stadtteilschule« umgewandelt werden soll. Die GAL (Grün Alternative Liste) will eine Gemeinschaftsschule bis zum 9. Schuljahr, aber sie weiß, dass das große Unterfangen Zeit braucht.

Kaum ist dieser Horizont geöffnet, da verdunkelt er sich schon wieder. Aus Grundschulen kommt der Aufschrei, wohin mit all den Kindern in dieser dann insgesamt siebenjährigen Schule? Den Kindergärten macht die geplante Vorschule Angst. Werden sie dann um ein Jahr reduziert? Wird gar die Kindheit verschult?

Erstens kommt es anders ...

Es wäre ja nicht das erste Mal, dass sich große Pläne vor der Wirklichkeit blamieren. »Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.« Am Ende behält Wilhelm Busch Recht, es sei denn, Politikern gelingt es endlich, nicht mehr wie eine allwissende Zentrale die widerspenstige Realität zu traktieren, sondern deren Komplexität in ihre Strategie einzubauen.

In Hamburg bekommt diese andere Politikgrammatik jetzt eine Chance. Christa Goetsch, Spitzenkandidatin der GAL und im Fall einer schwarz-grünen Koalition in Hamburg künftige Schulsenatorin und zweite Bürgermeisterin scheint diese Aufgabe verstanden zu haben. Sie versteift sich nicht auf eine sechs- bzw. siebenjährige Grundschule. Die gemeinsame

Lernzeit, so Goetsch, könnte auf verschiedenen Wegen verwirklicht werden. Warum sollten Grundschulklassen nicht schon früher in Schulen wechseln, die bisher noch Gesamtschule, Gymnasium, Haupt- oder Realschule heißen, wenn die Kinder weiter zusammenbleiben? Schulen, die bereits kooperieren, könnten »Tandemschulen« bilden und langsam zu Schulnetzen zusammenwachsen. Andere würden mit den neuen politischen Vorgaben überhaupt erst zu kooperieren beginnen. Bisher ist es ja eher der Normalfall, dass ein Gymnasiallehrer von den Grundschullehrern, die seine Fünftklässler bisher unterrichtet haben, nichts weiß. Welcher Oberstudiendirektor verabredet sich mit dem Hauptschulrektor, bei dem viele seiner »Rückläufer« Jahr für Jahr landen, mal zu einem Tee oder Kaffee?

... und zweitens ...

Mit Schulkonferenzen in den Stadtteilen, mit Tandemschulen und einem tragfähigen Netzwerk könnte sich diese Koalition einer Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild vielleicht schneller nähern, als es einer rot-grünen Koalition, die in Hamburg »Eine Schule für alle« proklamiert hätte, möglich gewesen wäre. Hätten sich die verwandten Roten und Grünen nicht schon bald im Bruderstreit verzankt? Und keine Panne wäre vor den Schlagzeilen im »Hamburger Abendblatt«, dieser heimlichen Appellationsinstanz aller Politik in Hamburg, sicher. Risikobereitschaft und Fehlertoleranz, unverzichtbare Begleiter von Veränderungen, würden unter dem zu erwartenden Trommelfeuer auf die »rot-grüne Einheitsschule« ausgezehrt. Gelingt es hingegen, die Entscheidungsmöglichkeiten von Lehrern, Eltern und auch von Schülern zu erweitern und neue Leidenschaft für die Schule zu entfachen, könnten Schulen dann nicht zusammen mit engagierten Handwerkern, Unternehmern und Künstlern bald in irdische Kathedralen ihres Stadtteils umgebaut werden? So würde aus Schwierig-

keiten etwas Unerwartetes, ganz Neues entstehen. Wilhelm Buschs Maxime wäre dann nicht nur eine Drohung, sondern auch ein Versprechen.

... als man denkt

Ein Vierteljahrhundert nach Häuserkampf, Schlachten vor Atomkraftwerken und »Keine Macht für Niemand«-Parolen entdecken Schwarze und Grüne manche Verwandtschaft. Der Anspruch der Grünen, die so genannte »Basis« stärker einzubinden, und die Vorliebe der CDU für das »Subsidiäre«, also alles, was von Bürgern selbst gemacht werden kann, nicht dem Staat zu übertragen, ist ein Schnittpunkt. Aber gelingt es ihnen, daraus handlungsfähige Politik zu machen? Vielleicht ist die spezifische Mischung aus Verwandtschaft und Fremdheit zwischen Grünen und Schwarzen ihre besondere Chance. Wegen ihrer programatischen Unterschiede könnte eine quasi skandinavische Schulpolitik, die loslässt, ein Ausweg sein, der ihrem dezentralen Habitus entgegenkommt. Wenn sich schließlich zeigt, dass damit die Schulen besser werden, wird niemand mehr hinter diesen Stand zurück wollen.

P.S.

Christa Goetsch hat das Zeug dazu, die Seele so einer Schulreform von unten, die von oben initiiert wird, zu werden. Fast 20 Jahre war sie Lehrerin an der Theodor Haubach Schule, eine über Hamburg hinaus bekannte Haupt- und Realschule. Dort wird nicht lange in der Behörde nachgefragt, wenn es darum geht, Ideen in Taten umzusetzen. Goetsch gehört zu den grünen Realpolitikern, die einerseits wissen, dass die Gesellschaft mehr und mehr auf Selbstregulierung von Menschen angewiesen sein wird, und andererseits gelernt haben, dass es ohne die Struktur und Verlässlichkeit von Institutionen auch nicht geht.

P.P.S.

Kritik, Zustimmung oder Brainstorming: www.reinhardkahl.de